

Hannover, März 2011

Aufruf

Kernkraftwerke sofort abschalten und vom Netz lassen

Aktionen für den Atomausstieg initiieren und unterstützen

Die professionelle Verantwortung in der Bildung und Wissenschaft wahrnehmen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen ruft ihre Mitglieder und alle in der Bildung und Wissenschaft Tätigen auf, Aktivitäten für den Atomausstieg zu initiieren und zu unterstützen.

Die Tragödie in Fukushima zeigt, dass das Restrisiko der Kernkrafttechnologie untragbar ist. Wir müssen dafür sorgen, dass nach Fukushima die Energiewende mit der völligen Abkehr vom Atomstrom eingeleitet wird. Nach Harrisburg und Tschernobyl gelang es der Atomlobby und den ihr hörigen Parteien zur Tagesordnung überzugehen. Das darf nicht wieder geschehen. Die GEW Niedersachsen fordert ihre Mitglieder auf, durch ihr Engagement ihre Verantwortung in dieser Menschheitsfrage wahrzunehmen.

Regionale und überregionale Aktionen, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam getragen werden, können den entscheidenden Beitrag leisten, um vom rechtlich zweifelhaften Moratorium der Bundesregierung und einer befristeten Abschaltung zu einer gesetzlich geregelten dauerhaften Stilllegung der alten Atommeiler zu kommen.

Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des DGB tritt die GEW dafür ein, den niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister, der sich wiederholt für den beschleunigten Atomausstieg eingesetzt hat, gegenüber der Laufzeitverlängerung der schwarz-gelben Bundesregierung aber eingeknickt war, beim Wort zu nehmen. Der erste Schritt zum Atomausstieg muss durch ein Bundesgesetz gewährleistet werden, das die Stilllegung der ersten Kernkraftwerke ohne eine Übertragung der sogenannten Restlaufzeiten auf andere Anlagen regelt. Dieses Bundesgesetz ist auch erforderlich, um die von den Energiekonzernen erwogenen milliarden schweren Schadensersatzforderungen auszuschließen. Nur diejenigen, die ein solches Bundesgesetz unterstützen, wollen den Atomausstieg ernsthaft und betreiben nicht nur wahltaktische Spiele.

Als zweiten Schritt fordern wir, den allgemeinen Atomausstieg schnellstmöglich einzuleiten. Die Verlängerung der Laufzeiten, die die CDU/FDP-Koalition in Berlin beschlossen hatte, muss vom Tisch. Als Minimalprogramm für den Ausstieg muss das von der SPD/Grünen-Koalition beschlossene Konzept gelten. Der Umstieg auf regenerative Energiekonzepte mit intelligenten regionalen Netzen in öffentlichem Eigentum muss beschleunigt werden. Die Kerntechnologie ist keine Brückentechnologie, sondern sie verhindert schon jetzt, dass das Potential der regenerativen Energien vollständig genutzt wird und sie schadet den regionalen Energieversorgern, die sich für den Energiewechsel engagieren.

Die Gewerkschaften des DGB nehmen mit Interesse zur Kenntnis, dass auch innerhalb der Parteien, die bisher auf Kernenergie als Brückentechnologie gesetzt haben, und bei den Herstellern großtechnischer Anlagen, die bisher weltweit Kernkraftwerke exportieren, ein Umdenken beginnt. Die GEW setzt auf einen gesellschaftlichen Dialog, der dieses Umdenken befördert. Die GEW fordert die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf, sich aktiv in diesen gesellschaftlichen Diskussionsprozess mit ihrer Expertise einzumischen und so ihre professionelle Verantwortung wahrzunehmen. Sie leisten somit auch einen Beitrag, die Wissenschaft aus ihrer Abhängigkeit von der mächtigen Atomlobby zu befreien.

Die GEW sieht es als ein Gebot der demokratischen Erziehung an, dass junge Menschen in die Lage versetzt werden, sich selbst ein Urteil zur Energiefrage zu bilden und selbst politisch aktiv zu werden, um für ihre eigene Zukunft zu sorgen. Wir bitten alle Pädagoginnen und Pädagogen ihrer professionellen Verantwortung in den Bildungseinrichtungen gerecht zu werden und die Prioritäten in ihrer Arbeit auch an den aktuellen Erfordernissen auszurichten.